

Telegraphische Depeschen.

Von der polnischen Grenze, 25. Nov. Der Kaiser hat den Chef der Cultus-Commission, Vidal, dem Suchosanet die Begleitung des Grafen Wielopolski untersagt hatte, zur Disposition des letzteren nach Petersburg berufen.

London, 23. Nov. „Daily News“ versichern, daß der Minister den Befehl ertheilt habe, nicht zu gestatten, daß der „Rashville“ in Southampton wie ein Kriegsschiff ausgerüstet werde.

Bern, 25. Nov. Gutem Vernehmen nach hat der Bundesrath beschlossen, wegen der neuerlichen Gebietsverletzung an der genfer Grenze von Frankreich Genugthuung zu verlangen.

Sazy ist in Genf nicht wieder gewählt worden.

P r e u ß e n.

Berlin, 24. Nov. [Amtliches.] Se. Majestät der König sind nach Blankenburg gereist, ebenso F. k. H. der Kronprinz von Preußen, der Prinz Karl, der Prinz Friedrich Karl von Preußen, und der Prinz Albrecht von Preußen.

Se. Majestät der König haben gestern Mittag um 12½ Uhr in Allerhöchsthem Palais dem kaiserlich türkischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Aristarchi-Bei eine Privat-Audienz zu erteilen und aus dessen Händen mehrere Schreiben Sr. Majestät des Sultans entgegenzunehmen geruht.

Unmittelbar darauf empfingen Se. Majestät in einer besonderen Audienz den bisherigen großherzoglich hessischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Legations-Rath v. Wiegeler, welcher, nachdem er eine andere Bestimmung erhalten, Allerhöchstdenselfen sein Abberufungs-Schreiben zu überreichen die Ehre hatte.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Commandeur der 11. Division, General-Lieutenant Grafen v. Triolla, den Stern zum rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe; und dem Commandeur der 11. Kavallerie-Brigade, General-Major v. Tümping, den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse zu verleihen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem kommandirenden General des 8. Armee-Corps, General der Infanterie v. Bonin, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Sultans Majestät ihm verliehenen Wesschilde-Ordens erster Klasse; dem Direktor der Kriegs-Akademie, General-Lieutenant v. Schlichting, zur Anlegung des von des Königs von Sachsen Majestät ihm verliehenen Großkreuzes des Albrechts-Ordens; dem General-Adjutanten, General-Lieutenant Freiherrn v. Mantuffel, zur Anlegung des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein königlicher Hoheit ihm verliehenen Großkreuzes des Verdienst-Ordens Philipps des Großmüthigen mit Schwertern; dem Commandeur der 3. Garde-Infanterie-Brigade, General-Major v. Frobel, zur Anlegung des von des Großherzogs von Baden königlicher Hoheit ihm verliehenen Commandeur-Kreuzes des Ordens vom Zähringer Löwen; dem Commandeur des Lehr-Infanterie-Bataillons, Oberst-Lieutenant v. Kessel, aggregirt dem 1. Garde-Regiment zu Fuß, zur Anlegung des von des Königs von Portugal Majestät ihm verliehenen Commandeur-Kreuzes des Christus-Ordens, sowie dem Hauptmann und Compagnie-Chef v. Gélieu vom Garde-Schützen-Bataillon zur Anlegung des von des Königs der Belgier Majestät ihm verliehenen Officier-Kreuzes des Leopold-Ordens zu ertheilen.

(St.-M.)

Berlin, 25. Nov. [Vom Hofe.] Bei Ihren Majestäten fand vorgestern ein größeres Diner statt, zu dem der Minister des Aeußern, Graf von Bernstorff, und Gemahlin, der großherzoglich sächsische Staatsminister v. Watzdorf und Gemahlin, der Minister Freiherr v. Schleinitz, der herzoglich sachsen-altenburgische Staatsminister, Freiherr v. Parisch, der Geheimde Legationsrath Graf v. Rankau, der General-Major v. Frobel u. A. Einladungen erhalten hatten.

Se. Majestät der König begab sich gestern mittelst Eisenbahn-Extrazuges von Potsdam, Wildparkstation — woselbst Se. Majestät Stillfelle anlegte — nach 12 Uhr Mittags bis Halberstadt und am Bahnhof gleich weiter per Equipage nach Blankenburg, wo die Infanterie um 5 Uhr erfolgte. Die Benützung dieses Extrazuges blieb von Sr. Hoheit dem Herzog von Braunschweig zur Jagd eingegebenen höchsten Herrschaften nebst Begleitung freigestellt.

— Ihre Maj. der König und die Königin, I. k. H. der Kronprinz, der Prinz und die Frau Prinzessin Karl und die übrigen Prinzen und Prinzessinnen des hohen Königshauses begaben sich gest. Vorm. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr mittels Extrazuges nach Potsdam, und wohnten dort mit Ihrer Majestät der Königin Wittve der Feier des Todtenfestes in der Friedenskirche bei. Mit des Königs Majestät reisten dann auch Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz, die Prinzen Karl, Albrecht, der Prinz August von Württemberg, Ihre Durchlauchten die Fürsten W. und B. Radziwill, sowie die General-Feldmarschall v. Wrangel zur Theilnahme an den kaiserlich braunschweigischen Jagden mittels Extrazuges über Halberstadt nach Schloß Blankenburg ab. In der allerhöchsten Begleitung befanden sich der General-Adjutant v. Manteuffel, der Ober-Hof- und General-Feldmarschall Graf von Dülfer, Hofrath Borch u. Sr. königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl, welcher Mitte voriger Woche einer Einladung des Herrn von Sagem auf Politz bei Wittenberge gefolgt war, schloß sich in Magdeburg der Reise nach Schloß Blankenburg an. Ihrer Majestät die Königin traf Mittags von Potsdam hier wieder ein. Ihre königl. Hoheiten der Prinz Albrecht (Sohn) und die Prinzessin Alexandrine nahmen mit Ihrer Majestät der Königin Wittve das Dinner ein, und kehrten erst Abends vom Schlosse Sanssouci hierher zurück. Die Rückkehr Sr. Majestät des Königs und der königl. Prinzen vom Schlosse Blankenburg erfolgt am Mittwoch Nachmittag.

— Ihre königl. Hoheit die Frau Prinzessin Karl hat sich heute Morgen mit Gefolge nach Schloß Sagan begeben, und wird daselbst etwa acht Tage zum Besuche Ihrer Durchlaucht der Frau Herzogin von Sagan verweilen.

**** Berlin,** 25. Nov. [Personalien.] Das Befinden des ber-Bürgermeisters Krausnick war auch in der abgelaufenen Woche ununterbrochener Besserung. Derselbe hat, dem „Komm. Bl.“ zu Folge, bereits das Bett verlassen, soll jedoch, nach ärztlicher Anordnung, noch keine Besuche empfangen, da er vor Allem der Ruhe und Stärkung bedarf. — Nachrichten über des Herrn Professors Dr. Kräse's Befinden aus Baden-Baden sind, der „B. M. P.“ zu Folge, noch nicht eingetroffen.

Folge, von Woche zu Woche tröstlicher geworden. Wenn auch die Krankheit noch nicht gehoben ist, nimmt sie doch jetzt einen normalen Verlauf. Alle Besorgniß erregenden Symptome sind geschwunden. Der Leidende kann bereits mitunter das Bett verlassen. Freilich wird er zu seiner völligen Wiederherstellung noch langer Ruhe bedürfen. — Der durch seinen Wohlthätigkeits Sinn rühmlichst bekannte Commerzienrath Brunzlow ist hierselbst am Sonnabend Früh gestorben. Der Verbliebene erreichte ein Alter von 80 Jahren. — An den Minister des königl. Hauses, Erhn. v. Schleinig, sind von mehreren Seiten Anfragen wegen eines anzunehmenden Mandats für das Abgeordnetenhaus gerichtet worden. Er hat aber abgelehnt.

Königsberg, 23. Nov. [Zu den Wahlen.] Der „K. Z.“ zufolge hat sich das bisherige Wahl-Comité der deutschen Fortschrittspartei am 21. d. M. darüber geeinigt, nachstehend genannte Männer als Kandidaten zu Abgeordneten vorzuschlagen. Dieselben erhielten im Comité die Mehrheit der Stimmen in folgender Ordnung: Schulze-Delitzsch, Dr. Bender, Stadtrath Dr. Girsch, Dr. Kosch, Stadtgerichtsrath Twesten. Wie bei allen früheren Beratungen des Comité's sprach sich auch diesmal die allgemeine Stimmung dahin aus, daß diese Vorschläge desselben für die Wahlmänner-Versammlung keineswegs als maßgebend angesehen werden sollten.

Zeit, 24. Nov. [Officielle Wahlagitation.] Der „Volks.“ wird geschrieben: Ich übersende Ihnen zur Kenntnissnahme nachfolgendes Aktenstück, welches so eben von unserem Landrath im Kreise verbreitet wird. Es lautet:

Rescript des Herrn Minister des Innern.

Mit dem gefälligen Berichte vom 12. d. M. und in Berücksichtigung der dortigen und sonstigen Wahrnehmungen bin ich, was die Wahlagitation seitens der sogenannten Fortschrittspartei betrifft, darin mit Ew. Hochwohlgeboren einverstanden, daß es wesentlich darauf ankommt, die angebliche Uebereinstimmung dieser Partei mit den Absichten der Staatsregierung zu berichtigen. Den betreffenden Behauptungen wird am geeignetsten durch diejenigen Kreisblätter entgegenzutreten sein, welche die amtlichen Mittheilungen zu bringen pflegen.

Es werden Kundgebungen dieser Art die Meinung nicht aufkommen lassen, daß die Bestrebungen der Fortschrittspartei mit der Staatsregierung übereinstimmen. Berlin, den 16. Nov. 1861.

Der Minister des Innern. Graf Schwerin.

Vorstehender Erlaß des Herrn Ministers des Innern an den Herrn Regierungs-Präsidenten Rothe in Merseburg wird mir so eben von letzterem zur weiteren Veranlassung zugefertigt. Ich bringe denselben hierdurch zur Kenntniß der Herren Wahlmänner, und wird hierdurch Jedermann davon Ueberzeugung erhalten:

daß die sogenannte Fortschrittspartei im Gegensatz zu den Ministern des Königs steht.
 Zeitz, den 20. November 1861.

Der königliche Landrath von Holleuffer.

N. S. Als Wahlmann werde ich keinem Manne der Fortschrittspartei, aber auch keinem Manne der Reaction meine Stimme zum Abgeordneten geben. Diejenigen, welche bisher mit einer dieser Parteien gegangen sind, ohne den Bestrebungen der Reaction oder der Demokratie zu huldigen, mögen es, von meinem Standpunkte aus, sich selbst zuschreiben, wenn ich ihnen meine Stimme entziehe.

Zeig, den 20. November 1861. von Holleuffer.

Daß der Herr Landrath v. Holleuffer das Rescript des Ministers zu verbreiten sucht, ist am Ende nicht zu verwundern; daß er aber eine gedruckten Circulare mit seinen Erklärungen, die er als Wahlmann abgibt, als „Dienstsbriefe“ versendet, und somit portofrei Wahlagitazion macht, ist wohl zu verwundern.

Die Redaction der „Volks-Ztg.“ macht noch auf folgenden, wenn auch gerade nicht neuen Umstand aufmerksam. Der Minister will „die Meinung nicht aufkommen lassen, daß die Bestrebungen der Fortschrittspartei mit der Staatsregierung übereinstimmen.“ Im Munde des Landraths steigert sich diese noch etwas milde Verneinung schon zu der positiven Behauptung: „daß die Fortschrittspartei im Gegenthat zu den Ministern des Königs steht.“ Was werden nun die Schulzen ihren Bauern sagen?? „Die Fortschrittmänner seien die Feinde des Thrones, sie wollten die Minister nicht bloß stürzen, sondern auch an die Laternen bringen ic.“ — Das wäre so die natürliche Skala. — Bemerkenswerth ist ferner, daß der Minister, indem er gegen die Fortschrittspartei Front macht, den üblichen Zusatz betreffs der „Reaction“ vergißt. Der Landrath holt das nach. Das vorstehende Circular ist übrigens genau in derselben Form abgedruckt, wie im Original ausseht.

Deutschland.

Stuttgart, 21. Nov. [Aus der Kammer der Abgeordneten.] Die gestern berathenen Artikel 5 und 7 des katholischen Kirchengesetzes behandeln die kirchliche Disziplinarstrafgewalt und wurden ganz im Sinne des Regierungsentwurfs unter Abwerfung der Verschärfungsanträge von der linken Seite (Mohl u. f. w.), so wie der Abschwächungsanträge von katholischer Seite (Probst z.) nur mit einigen größere Deutlichkeit und Bestimmtheit der Fassung bezweckenden Amendements erledigt. Art. 5 (mit 67 gegen 2 Stimmen angenommen) lautet: „Die §§ 47 und 48 der Verfassungsgesetze finden auf katholische Kirchendiener bei Verfehlungen, welche dieselben sich hinsichtlich ihres Wandels oder der Führung ihres kirchlichen Amtes in Schulen kommen lassen, fernerhin keine Anwendung. Eben so treten die Vorschriften des § 102 Abs. 4 des Verwaltungsgesetzes vom 1. März 1822 und des § 2 Ziff. 1 der Verordnung vom 23. August 1825, betreffend den Dienststrafkreis und den Geschäftskreis der gemeinschaftlichen Oberämter, so wie diejenigen des § 103 Abs. 1 des Gesetzes vom 1. März 1825, betreffend die Disziplinargesamtheit, auf katholische Kirchendiener keine Anwendung. Eben so treten die Vorschriften des § 102 Abs. 4 des Verwaltungsgesetzes vom 1. März 1822 und des § 2 Ziff. 1 der Verordnung vom 23. August 1825, betreffend den Dienststrafkreis und den Geschäftskreis der gemeinschaftlichen Oberämter, so wie diejenigen des § 103 Abs. 1 des Gesetzes vom 1. März 1825, betreffend die Disziplinargesamtheit, auf katholische Kirchendiener keine Anwendung. Eben so treten die Vorschriften des § 102 Abs. 4 des Verwaltungsgesetzes vom 1. März 1822 und des § 2 Ziff. 1 der Verordnung vom 23. August 1825, betreffend den Dienststrafkreis und den Geschäftskreis der gemeinschaftlichen Oberämter, so wie diejenigen des § 103 Abs. 1 des Gesetzes vom 1. März 1825, betreffend die Disziplinargesamtheit, auf katholische Kirchendiener keine Anwendung.“

(auf Antrag von Hölder und Weber mit 45 gegen 31 Stimmen hier eingeschaltet): „Gegen Verfügungen der Kirchengewalt, welche sich auf die Person oder das Vermögen beziehen, insoweit diese Maßregel mit einem Einkommensverlust verbunden ist, findet eine Beschwerde an die Regierung statt.“ Art. 7 (mit 59 gegen 17 Stimmen angenommen): „Verfügungen und Erkenntnisse der Kirchengewalt können gegen die Person oder das Vermögen eines Angehörigen der katholischen Kirche wider dessen Willen nur von der Staatsbehörde vollzogen werden. Die Staatsbehörde ist jedoch nur dann befugt, ihre Mitwirkung hierzu eintreten zu lassen, wenn der Bischof ihr zuvor über den Fall die erforderlichen Aufklärungen gegeben und sie hiernach die Verfügung oder das Erkenntnis weder in formeller noch auch vom staatlichen Gesichtspunkte aus in materieller Beziehung zu beanstanden gefunden hat. Auch für die Führung einer kirchlichen Untersuchung darf die Staatsbehörde auf Ersuchen der Kirchenbehörde nur unter denselben Voraussetzungen mitwirken.“ — Heute setzte die Abgeordneten-Kammer die Art. 8–11 ihrer spätere Beratung aus. Art. 4 wurde mit unbedeutender Fassungsänderung angenommen. Er bestimmt, daß die religiöse Erziehung und die Hausordnung (soweit sie hierdurch bedingt) in den katholisch-theologischen Konvikten unter Leitung des Bischofs stehen, jedoch mit staatlicher Oberaufsicht. Im Uebrigen gehört die Leitung, insbesondere Aufnahme und Entlassung, unmittelbar dem Staat zu. Ein Antrag, welcher für die ersten die staatliche Oberaufsicht getriden, für die zweite nur eine Leitung neben dem Bischof angenommen wissen wollte, fiel durch. Art. 12 wurde im ersten Satz, welcher dem Vorstand des tübinger Konvikts eine eremte Stellung unter dem Ordinariat anweist, angenommen; eben so der zweite Satz, welcher dem Bischof die Ernennung der Professoren und Repräsentanten an den drei Konvikten überträgt, mit Einspruchsrecht des Staats wegen bürgerlicher oder politischer Mißfälligkeit, in etwas präciserer Fassung. Art. 13. Leitung des Religions-Unterrichts in den Volksschulen und Auswahl der Religions-Lehrkräfte für dieselben durch den Bischof, jedoch Einführung dieser Väher durch den Staat, wurde unverändert angenommen.

Kassel, 21. Nov. [Ausschließung von den Wahlen.] Die „Ges. Morg.-Ztg.“ schreibt: Bekanntlich ist durch Beschluß des Ministeriums des Innern vom 11. Mai d. Z. gegen die Verfasser des in den Landgemeinden verbreiteten Flugblattes an die turkeßischen Dorfbewohner, die Bürgermeister Knobel zu Ehlen, Bernhardt zu Nieste und Wachsmuth zu Sooden, ein Disziplinarverfahren eingeleitet und die Suspension dieser Gemeindebeamten bewirkt worden. Die Ansicht, welche wir am 15. Mai über die Suspension äußerten, nämlich daß die Betreffenden hierdurch das Recht, als Wahlmann und als Abgeordneter aufzutreten, nicht verloren haben, indem dieselben in Folge der Suspension nur ihre Amtshabilität einstweilen einzustellen haben, die Ausübung jenes Rechts aber unter letztere nicht zu rechnen ist, schien von den vorigen Wahlen auch vom Ministerium geteilt zu werden, da dasselbe die Wahl der suspendirten Bürgermeister Knobel und Bernhardt nicht ansieht, ja sogar, wenn wir nicht irren, die Wahl des Bürgermeisters Paupel zu Langenbain aus dem Grunde ansieht, weil der suspendirte Bürgermeister Wachsmuth zu Sooden zur Wahl nicht eingeladen sei. Es ist daher sehr auffallend, zu vernehmen, daß den Ortsvorständen zu Ehlen, Nieste und Sooden ein Schreiben des hiesigen Polizeidirektors als Wahl-Kommissar für den Landwahlbezirk Kassel des Inhalts zugegangen ist, daß der Bürgermeister dortselbst in Folge höheren Ausspruchs, weil zur Zeit suspendirt, um Landtage beziehungsweise als Wahlmann weder aktiv noch passiv wählbar sei. Jener „höhere Ausspruch“ ist ein Beschluß des Ministeriums des Innern vom 14. d. M., in welchem der betreffende Landrath „daraus aufmerkksam gemacht“ wird, daß es „zweckmäßig“ sein würde, den betreffenden Gemeinde-Behörden obiges zu eröffnen. Wir sind der Meinung, daß das Ministerium den suspendirten Bürgermeistern die aktive und passive Wahlbarkeit nicht aberkennen kann, daß der Verlust dieser Eigenschaft vielmehr erst dann eintritt, wenn durch gerichtliches Urtheil die Dienstentlassung ausgesprochen ist. Es liegt aber überhaupt noch kein Urtheil eines Gerichtes, insbesondere nicht des sogenannten Disziplinargerichts vor und dürfte unseres Erachtens auch schwerlich in jener Weise ausfallen. Ueber die Zulässigkeit der Suspensionen hat nach § 4 des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1860 der Wahlvorstand oder der Wahlkommissar, letzterer mit der ihm zur Seite stehenden Kommission nach Stimmeneinheit, zu entscheiden und die fernere Entscheidung ist bekanntlich Sache der Kammer. Wir glauben daher, daß der Theilnahme der Suspendirten an den Wahlen und ihrer Erwählung so wenig jeht wie das voriegende etwas entgegensteht.“

Bremen, 20. Nov. [Weble Erfragungen.] Der Bremer "Courier" schreibt: „Die von dem kürzlich im Gefängnisse verstorbenen Daffschreiber Suffert verübten großartigen Unterschleife und Fälschungen sollen in den 49er Jahren, wo er im Amte war, die Höhe von 70,000 Thalern erreichen. Von dieser Summe sind dem bremischen Staate nur 22,000 Thaler gerettet, den Rest von 148,000 Thalern kann derselbe in das Verluſt-Conto eintragen lassen.“ Bedenkt man, daß vor 12 Jahren in Bremen der Aeltermann Haase ebenfalls überlistet wurde, den Staat um 100,000 Thaler betrogen zu haben, so dürfte ähnliche Finanz-Erfragungen seit den letzten 40 Jahren kein anderer deutscher Staat gemacht haben.

Italien.

Turin. [Aus der Kammer.] In der Sitzung vom 22. Nov. nahm das italienische Abgeordnetenhaus nach reiflicher Verhandlung das Gesetz über Veräußerung der Domänengüter an, und schritt dann zur Diskussion über den Gesetzentwurf wegen Herbeiziehung aller Provinzen des Reiches zu der Kriegszuschlagsteuer. Bekanntlich waren die neuen Provinzen von diesem Kriegs-Zehntel bisher noch befreit, und Ciccardi hielt es deshalb für seine Pflicht, sich gegen diese so billige, die nothwendige Ausgleichung mit der Bemerkung zu erheben, daß in den Süd-Provinzen eine neue Zuschlagsteuer Mißfallen erregen würde. Er befahe Zeichen des Unwillens über diese Motivirung. Der Präsident befahl dem Redner zu, er solle bei der Sache bleiben. Hierauf erhoben sich die Abgeordneten di Blasio und Plutino mit der Erklärung, die Süd-Provinzen seien allerdings bereit, ihren gerechten Antheil an den Staatslasten zu übernehmen. Der Schluß der Debatte wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

„Il Movimento“ bringt, laut telegr. Depesche vom 23. Novbr., Garibaldi's Antwort auf die in Neapel an ihn unterzeichnete Adresse, worin es heißt: „Wie sehr bedauere ich es, jetzt nicht zu euch kommen zu können! Ich werde aber bei euch sein, wenn es nöthig ist.“ Schließlich fordert Garibaldi jeden guten Italiener auf, sein Schwert bereit zu halten.

Neapel. [Zustände.] Die „Gazette de France“ läßt sich aus Neapel unterm 16. Nov. schreiben: „Eine hohe preussische Persönlichkeit ist in Neapel angekommen, um die Lage des Landes zu studiren und ihrer Regierung über das, was sie sieht, Bericht abzustatten. Die angesehensten unserer Mitbürger, denen die Autonomie und Unabhängigkeit ihres Vaterlandes am Herzen liegt, sind auf das preussische Consulat gegangen und haben ihre Karten abgegeben. Die Zahl der betreffenden wird auf 7000 geschätzt.“ Der preussische Consul in Neapel ist bekanntlich ein eifriger Bourbonist.

Das „Journ. v. Deb.“ hat Nachrichten aus Neapel von demselben Datum, wonach das Auftauchen von Corps in der Basilicata sehr weitverbreitet wird. Aus den amtlichen Depeschen der Bürgermeister von Taranto und Cassiano erhellt, daß in dortiger Gegend die Bande allfällig zerprengt und der Anführer, dessen Namen nicht angegeben, so wie ein großer Theil der Banditen niedergemacht, der Rest gefangen genommen wurde. Die Erbitterung der Bevölkerung gegen die

